

Barbara Duden

Beitrag zur italienischen feministischen Zeitschrift **Donna Woman Femme** / DWF 2008

Zwei Wasserscheiden, drei historische Epochen

Im Sommer 2008 über "Frauenpolitik" nachzudenken, ist nicht möglich, ohne sich in die Zeit zurück zu versetzen, als das begann, was man später die "Zweite Frauenbewegung" nannte. Ich muss mich in das Lebensgefühl und den Geschmack des "damals" zurück tasten, die mich, die Freundinnen und viele Aktivistinnen meiner Generation für ihr Leben beflügelte. Zuerst drängt sich mir die Stimmung dieser Jahre auf, das überwältigende Gefühl der überrascht entdeckten Nähe zu anderen Frauen. Der Atem dieser Jahre, die Begeisterung des Aufbruchs, das Vergnügen ununterbrochener Entdeckungen und die Freude über die Freundschaften, die damals zustande kamen und gehalten haben. Wenn ich mich aber erinnere, ist mir, als reise ich in eine fremde Welt. Beim Abseilen in die frühen 1970er Jahre passieren wir eine Epochenschwelle. Die Welt im globalen System des neuen Jahrtausends und die Welt damals sind unvergleichbar. Eine Kluft trennt mich von der damals dreissigjährigen Journalistin, die mit anderen Frauen die "Courage" gründete, eine frauenbewegte Zeitschrift, deren Ziel es war, den Leserinnen zu mehr "Selbstbestimmung" und "Autonomie" zu verhelfen. Sie ist spürbar in den Veranstaltungen mit sehr viel jüngeren Studentinnen. Heute ist es so unvergleichlich viel schwieriger, treffend und analytisch präzise "als Frau" von sich und der Situation von "Frauen" zu sprechen. Um sich heute politisch zurecht zu finden, müssen wir uns zwischen drei geschichtlichen Epochen bewegen, in denen die "Frauenpolitik" jeweils in einem anderen Horizont stand. Ich meine den Kontrast zwischen der Welt meiner Mutter und meiner Kindheit, also die 1950er Jahre, die Welt des Aufbruchs der Frauen meiner Generation, und schliesslich die Jetzt-Zeit, in der "Frauenpolitik" eine Angelegenheit von beauftragten

"Gleichstellungs"-Beamtinnen ist. Dazwischen haben wir irgendwann die Wasserscheide in die neue Zeit einer neo-liberalen Re-Organisation der Gesellschaft passiert, von deren Rahmen die Befindlichkeit der Frauen präzedenzlos betroffen ist. Die analytischen und politischen Begrifflichkeiten der Siebziger Jahre taugen kaum mehr für unsere Orientierung in der Jetzt-Zeit, da sie unter der Hand tiefgreifende Bedeutungsverschiebungen durchlaufen haben.

Weshalb ist der Kontrast zwischen geschichtlichen Epochen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vonnöten? Allzu leicht schleicht sich die Illusion einer ungebrochenen Kontinuität zwischen dem Aufbruch der Frauen damals und ihrer Lage heute ein. Vor wenigen Wochen wurde in Deutschland der Grundgesetz-Paragraph gefeiert, der die Frauen 1949 den Männern rechtlich gleichstellte. Die Medien berichteten ausführlich darüber - soviel war damals "schon" erreicht worden und auf diesem Weg der Gleichstellung geht es nun weiter! Ich meine, dass dieses Vorurteil einer Kontinuität wachsender "Gleichheit" und politischer "Gleichstellung" die wirkliche Lage vernebelt. Die wirkliche Lage ist nämlich, dass die meisten politischen Forderungen der Frauen an die "Gesellschaft" von damals - Gleichberechtigung, Selbstbestimmung, Autonomie, Kontrolle über den eigenen Körper, "reproduktive Wahl" heute, nachdem wir unter anderem Himmel aufgetaucht sind, durchaus den Forderungen der Verwaltung, der Institutionen entspricht. Kann es sein, dass die damaligen Begriffe heute die Entmächtigung und Anpassung von Frauen fördern? Könnte es sein, dass die emanzipatorischen Forderungen von Frauen zu Forderungen an Frauen geworden sind, die vom System, der Verwaltung, der Ökonomie ihnen abverlangt werden? Forderungen an Frauen, die auf ihr Herz, ihre Selbstwahrnehmung, ihr Denken und ihre Körperlichkeit zielen?

Im Licht dieses Verdachts will ich drei Stränge aus der

Bewegungsgeschichte herausziehen und mich abschliessend fragen, welche Einsichten daraus für eine herzliche und entschiedene "Frauenpolitik" heute gezogen werden müssen. Ich beginne mit dem ältesten Thema der Frauen 1971, ihrer Forderung selbst zu bestimmen, ob sie Mutter werden wollen oder nicht; dann will ich die Problematik der unbezahlten Hausarbeit damals und heute besprechen; dann die Identitätspolitik von "gender" und ökonomischer "Gleichheit".

Vom staatlichen Verbot zur Formierung der Wahrnehmung

Die Frauenbewegung in West-Deutschland entzündete sich an der Frage der Mutterschaft und der staatlichen Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. "Kinder oder keine - entscheiden wir alleine!" kam als Losung im Sommer 1971 auf. Immer mehr lokale Gruppen von Frauen forderten die Abschaffung des verhassten Paragraphen, der seit 1871 gültig war und der den Eingriff mit Gefängnisstrafe bedrohte, auch für die ungewollt Schwangere. Das Gesetz war durch die Nationalsozialisten verschärft worden, hatte Engelmacherinnen an den Strang gebracht und war selbst in den Jahren nach Kriegsende nicht gestrichen worden, als vergewaltigte Schwangere einen Abbruch verlangten. Wie Pilze schossen die kleinen Frauengruppen aus dem Boden. In Berlin publizierte "Brot und Rosen", die sich selbst als "Expertinnen in Sachen Empfängnisverhütung" bezeichneten, das erste "Handbuch" mit genauen Rezepten, was eine im Falle einer ungewollten Empfängnis tun kann. "Brot und Rosen" eröffnete als erste Initiative eine Sprechstunde für Schwangere in Not, viele andere selbstorganisierte Beratungen in Frauenzentren folgten. Dieser Protest brachte eine länger unterdrückte Wut zur Sprache, sie setzte sich um in Aktionen, danach kam die politische Organisation und all dies war begleitet von politischen Analysen. Der Paragraph 218 war ein Symbol und ein Katalysator, um die Erfahrungen ihrer unterdrückten Sexualität zur Sprache kamen, ebenso ihre

Wahrnehmung der Zurücksetzung durch die Männer und die "patriarchale Medizin". Wir forderten damals, dass allein die Frau entscheiden könne, verboten uns die Einmischung von "Experten", die sich das Monopol über den weiblichen Körper angeeignet hatten. Die Aktionen waren in Rhetorik und Gebaren phantasievoll, sarkastisch, ironisch und griffen Politiker, Pfarrer, Ärzte in einem Stil an, der diese öffentlich unter der Gürtellinie lächerlich machte. Ein kollektives "wir" der Frauen kam zustande, es war gespeist durch den Willen, die Fremdbestimmung über den eigenen Körper zu überwinden. Die Polemik zielte gegen die Professionellen, gegen die staatlichen "Moralisten" - entfaltete einen beissenden anti-institutionellen Witz. In diesem Pochen auf die gewollte Mutterschaft und den ungehinderten Zugang zu einfachen, schonenden Techniken des Abbruchs verband sich praktischer Sinn, Mitleid und Zuneigung zu anderen Frauen in anderen Umständen mit der Entschlossenheit, diese Dinge nun selbst in die Hand zu nehmen.

Wenn ich mich an diese Jahre erinnere, drängt sich mir vor allem der selbstbewusste, entschiedene Stil der Gesten und die unbekümmerte Rhetorik auf, der schöne Mut, selbst zurecht kommen zu wollen. Die entschlossene Abwehr fremder Einrede, die intuitiv erfasste Gemeinsamkeit zwischen Frauen eröffnete den Raum für Eigenarten und persönliche Geschichten. Vierzig Jahre später könnte die Distanz des damaligen Stils der Selbstbehauptung zum mittlerweile herrschenden Denk- und Erlebniszwang in allen Angelegenheiten von Empfängnis, Schwangerschaft und Geburt kaum grösser sein. Frappierend ist die Unvergleichbarkeit zwischen diesem unbeirrbareren Gestus und der treuherzigen Abhängigkeit der allermeisten gewollt oder ungewollt Schwangeren heute von professioneller Bevormundung. Diese Umstülpung eines anti-institutionellen Widerstands gegen professionelle Vormacht muss verstanden werden - ohne "victim blaming". Ganz offenbar wurde im Zuge dieses Widerstands die Kluft zwischen persönlichem Wollen und

Wissen und der Sicht von Experten beseitigt. Der Versuch, sich die Einreden vom Leibe zu halten, mündete in eine neuartige Beratung und Betreuung von Frauen, sowohl am Beginn wie im Verlauf der Schwangerschaft, die sie in einen entkörpernden Wahrnehmungsstil hineinführen, der ihr Nachdenken, Wollen, Tun und Lassen überschattet. Diese Bevormundung heute hat ein anderes Gesicht.

1995 wurde ein Gesetz erlassen, das den Schwangerschaftsabbruch simultan sowohl praktisch liberalisierte als auch wahrnehmungsprägend dekretierte. Das Gesetz hat heute eine neue Funktion: es steht nicht mehr im Dienst der Kriminalisierung und Disziplinierung, sondern im Dienst von Bewusstseinsmanipulation. Wie das? Das neue, "liberalere" Gesetz, erklärt nach wie vor den Schwangerschaftsabbruch als rechtswidrig, verzichtet aber auf eine Bestrafung unter einer Bedingung: bevor sie einen Abbruch vornehmen lässt, muss die abbruchwillige Frau ihre Gründe vor einem professionellen Berater darlegen. Sie muss sich einer Beratung unterziehen, deren erklärtes Ziel es ist, sie im Verlauf des Gesprächs in eine Entscheidungsfalle hineinzuführen, in der sie sich für oder gegen "das Leben" in ihrem Bauch entscheidet - frei, informiert und verantwortlich. Der Gesetzgeber dekretierte eine obligatorische Instruktion, in deren Rahmen sich die Frau erst die "Natur" ihres Zustandes wissenschaftlich-technisch re-definieren lässt - die Empfängnis als Nidation einer befruchteten Zelle nach Chromosomenverschmelzung -, sich dann die Würde und das "Lebensrecht" des "Lebens" vorhalten lassen muss, bis sie am Ende diese Unterrichtung aufgefordert wird, eine rationale "Entscheidung" zu treffen. Die Obersten Richter der Bundesrepublik hatten ausdrücklich eingeräumt, dass der staatliche "Lebensschutz" nicht gegen, sondern nur mit der Frau durchgesetzt werden könne. Wie sonst auch könnte der Staat den "Schutz" eines über Test und Technik verifizierten etwas durchsetzen, "von dessen Existenz er - der Staat - nichts weiss"?

Es war damals 1971 wesentlich einfacher, die staatliche und ärztliche Einmischung zurück zu weisen, als in der heutigen Lage zu argumentieren. Wie kann eine staatlich verordnete Instruktion von Frauen, ihre Einführung in einen technisch-wissenschaftlich geprägten Denkstil, eine "Biologisierung" der Mutterschaft, ihre Virtualisierung und die Brutalität, in diesem Rahmen über sich nachdenken zu sollen, zum Thema feministischer Politik gemacht werden? Bei Erlass des Gesetzes hatte kaum eine von uns das Herz und den Verstand, den Rahmen zu brechen, in dem die Frau sich seitdem wahrnehmen soll. Das staatliche Gebot, jede Frau müsse selbst "entscheiden", scheint genau das zu erfüllen, was Frauen gefordert hatten. Tatsächlich aber ist es ein Mittel, ihre Selbst-Wahrnehmung auszutopfen und in einen abstrakten und technogenen Rahmen hineinzusetzen. Diese Funktion des Gesetzes ist ungleich schwerer zu durchschauen als das ehemalige Verbot. Dazu braucht es eine Analyse von "selbstbestimmter" "Entscheidung" als Macht-Technik.

Gemessen an der Situation von Frauen aus der Generation meiner Mutter bedeutete die Gesetzesreform einen "Fortschritt". Eine ungewollt Schwangere kann heute in Deutschland einen Abbruch vornehmen lassen, ohne von Strafe bedroht zu sein. Indem sie aber ihre persönlichen Überlegungen vor einem Professionellen auszubreiten verpflichtet ist, ist sie gezwungen, ihren Beschluss in einer öffentlich vertretbaren Rationalität aussprechen. Gemessen am kollektiven Beharren der ersten Feministinnen, sich aller Fremdbestimmung zu erwehren, brachte die Reform deren Verschärfung und Vertiefung, weil nun ihr Schwangersein und ihr Handeln institutionell definiert werden. Ein persönliches "Nein" wurde durch eine vorgeschaltete Technik des Management, nämlich des decision-making, faktisch unmöglich. Tatsächlich ist die Macht der Mediziner und der Bürokratie, den Frauen ihre Sicht aufzuoktroyieren, gewachsen, weil die Mitwirkung der

Frauen gefordert ist. Im Wechsel von disziplinierender Strafandrohung zu angeleiteter "Selbstbestimmung" steckt ein Epochenbruch. Die "Liberalisierung" der Praxis wurde ja im Tandem mit den Forderungen der Frauen nach "reproduktiver Selbstbestimmung" neuartig modelliert. Während das vormalige Gesetz sich darauf beschränkte, unerwünschte Handlungen von Frauen zu unterbinden, bezweckt und bewirkt das neue Gesetz eine Gleichschaltung ihres Denkens und Wollens. Es prägt, so könnte man sagen, ihren Bezug zu sich und ihrem Zustand.

Der Schwangerschaftsabbruch ist nur ein Beispiel aus vielen, wie durch die vermeintliche Erfüllung ehemaliger Forderungen von Frauen deren ursprünglicher Sinn ins Gegenteil verkehrt wird. Weite Teile der "Körper"- und Biopolitik an den Frauen funktionieren über die Technik der "Selbstbestimmung" durch selbstverantwortliche Entscheidungsfindung.

Von der "Hausfrau und Mutter" zur "Managerin des Alltags"

Die Nachkriegsjahre in der Bundesrepublik kamen 1955 zu Ende, als die Soldaten aus der sowjetischen Gefangenschaft zurückkehrten und das "Chaos" in der Geschlechterordnung durch die Restauration "normaler Familien" und die "Re-Maskulinisierung der Gesellschaft" behoben wurde. Damals gab meine Mutter ihren Gelderwerb auf, mit dem sie nach dem Krieg die Familie über Wasser gehalten hatte. Wenn man sie später fragte, was sie tue, sagte sie leicht verlegen: "ich tue nichts, ich bin Hausfrau". Sie zog vier Kinder gross, litt unter ihrer Menopause, legte sich mit Migränen ins Bett und wusste nicht, wieviel Geld mein Vater tatsächlich verdiente. Damals galt noch das Gesetz aus der Kaiserzeit, das die Berufstätigkeit einer verheirateten Frau an die Zustimmung ihres Ehemannes band; ebenso galt noch, dass in allen Konflikten um Kinder, Geld oder Wohnsitz der Mann die letzte Entscheidung hatte, weil er von Staats wegen das "Haupt" dieser patriarchalen Familie

war. All dies war am Beginn der 1960er Jahre noch selbstverständlich. Die sozialistische Ordnung auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs, die die Befreiung aller Frauen durch Erwerbstätigkeit durchzusetzen suchte, war im Westen ein Schreckgespenst. Diese in Westdeutschland restituierte Geschlechterordnung war ökonomisch funktional und politisch erwünscht. Das deutsche Wirtschaftswunder wäre unmöglich gewesen ohne die Re-Etablierung des "fordistischen" Modells der Industriegesellschaften, das auf dem "männlichem Ernährer" einerseits, der "Hausfrau" andererseits aufbaute. In ihm hatten Frauen die ökonomische Funktion, jede in ihrem Haushalt, als Konsumentin den Binnenmarkt der Haushaltsgüter - der Waschmaschinen, Küchengeräte, Staubsauger - zu aktivieren. Gegen diese Macht- und Arbeitsverteilung rebellierten Feministinnen seit Mitte der 1970er Jahre.

Nun hat gerade vor wenigen Monaten, im Januar 2008, das deutsche Parlament eine Reform des Scheidungsgesetzes verabschiedet. Im neuen Gesetz verlor die geschiedene Frau den rechtlichen Anspruch, dass der Mann weiterhin zu ihrem Lebensunterhalt beitragen muss. Ein Anrecht, das mit dem Druck der Feministinnen in den späten 1970er Jahren erstritten worden war. Damals war der Gesetzgeber gezwungen worden, symbolisch und finanziell die häuslichen Leistungen der Frauen anzuerkennen. Ihre unbezahlte Arbeit im Haushalt - ihr Verzicht auf eigenes Einkommen - konnte im Nachhinein in weiteren Unterhalt umgesetzt werden und schlug sich im Rentensystem nieder. Diese Anerkennung der Hausarbeit wurde im Gesetz von 2008 gestrichen. Allein ein Kind - und dies auch nur bis zum Ende des dritten Lebensjahres - befreit die Geschiedene vom Zwang, umgehend für ihren eigenen Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit sorgen zu müssen. Das Gesetz besiegelte die öffentliche Abwertung der häuslichen Leistungen von Frauen, die wir seit längerem beobachten können.

Das neue Gesetz passierte ohne Widerstand und ohne öffentliche Diskussion, weil es ganz offenbar dem herrschenden Konsensus entspricht, dass wir heute gleichberechtigt sind, gleichberechtigt zur Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Jeder, Mann oder Frau, ist heute verpflichtet, individuell für seinen oder ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Das Gesetz ist ein Element im Umbau der Wirtschaftsordnung, der das "fordistische" "duale Modell" beseitigt, auf dem die kapitalistischen Industriegesellschaften der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beruht hatten. An seine Stelle tritt das "one adult worker model", das Modell des vereinzelt individuellen Arbeiters und der verpflichtenden Arbeitssuche für jeden auf einem Arbeitsmarkt, auf dem die regulären, abgesicherten Arbeitsplätze heiss umkämpft sind. Doch Anfang 2008, im gleichen Monat, demonstrierten die Statistiken, dass Frauen im Durchschnitt nur zwei Drittel des Verdienstes von Männern einheimen; dass sie weit mehr als die Männer mit kurzzeitigen Jobs, Minijobs, Teilzeit, deregulierten, ungesicherten Tätigkeiten zurecht kommen müssen; dass trotz zunehmender Erwerbstätigkeit von Frauen in den letzten 20 Jahren ihr Anteil am Lohnvolumen bei ca. 30% stagniert; dass die Mehrheit der Familien unter der Armutsgrenze aus alleinlebenden Frauen und ihren Kindern besteht; dass die Altersarmut weiblich ist. All dies kam im Konsensus um die Scheidungsreform Anfang des Jahres 2008 nicht zur Sprache.

In den 1970er Jahren hatten Feministinnen gezeigt, dass das Industriesystem auf den unsichtbaren, unbezahlten häuslichen Leistungen von Frauen basiert. Wir hatten vom Staat "Lohn für Hausarbeit" verlangt, doch konnte sich diese Forderung später nicht gegen das Programm des gleichberechtigten Zugangs zum Arbeitsmarkt behaupten. Aber die Menge der häuslichen Arbeitsstunden ist seitdem annähernd gleich geblieben: 77 Milliarden Stunden verausgaben Frauen in Hausarbeiten. Nach wie vor sind es die Frauen, die wöchentlich ungefähr 35 Stunden damit

zubringen, die Betten zu machen, zu putzen, die Kinder in den Kindergarten zu bringen und das Mittagessen zu kochen, bevor diese von der Schule heimkommen. Dieser riesige Beitrag zur Ökonomie ist als öffentliches Thema ein toter Fisch, ja ein Tabu. Wenn es aufkommt, dann als privates Problem: dass die Frau es versäumt, den Mann genügend einzuspannen. Im öffentlichen und akademischen Sprachgebrauch in Deutschland taucht die Hausarbeit allenfalls versteckt im Begriff der "Doppelbelastung" auf, als eine "Vereinbarkeitsproblematik". Es ist üblich geworden, ohne Zaudern und Befremden in diesem Rahmen von Frauen als "Managerinnen des Alltags" zu sprechen und die entsprechende Rationalität vorauszusetzen. Der Berg der unbezahlten Hausarbeit ist aus dem öffentlichen Horizont verschwunden, auch aus dem Problemerkatalog der Beauftragten für die "Gleichstellung", aus dem Gesichtsfeld des bürokratischen Feminismus. Das Projekt der "Emanzipation" ist geschrumpft auf den Kampf um die Teilhabe an einem - für Frauen zunehmend prekarierten - Arbeitsmarkt. Die 1950er Jahre waren der Höhepunkt in der Generalisierung der Hausarbeit aller Frauen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und die Frauenbewegung hat dies politisch bekämpft. Mit dem Feminismus seit den 1980er Jahren kam es zur Verallgemeinerung der Erwerbsarbeit der Frauen - als "Doppelbelastung" - im Ghetto der de-regulierten, niedrig entlohnten Arbeitsplätze, insbesondere im überwältigend weiblichen Dienstleistungssektor.

Dennoch ist die Hausarbeit in Deutschland, die aus dem öffentlichen Bewusstsein getilgt wurde, nicht weniger geworden, im Gegenteil. Der Rückschnitt der Ausgaben der öffentlichen Hand, die wachsende Erwerbslosigkeit, das erhebliche und kontinuierliche Sinken der Reallöhne, verlagern vielmehr ununterbrochen Ansprüche und Anforderungen zurück in die Haushalte. Weniger Geld heißt mehr Arbeit in der "privaten" Sphäre, also der Sphäre der Frauen. Diese "Feminisierung" steigender Versorgungsansprüche an die privaten Haushalte bei

gleichzeitiger Minderung der Ressourcen in den Haushalten, wird öffentlich nicht als Belastung von Frauen besprochen. In den Debatten um diese neo-liberale Transformation des Arbeitsmarktes, die Ökonomisierung des Sozialen und den Rückschnitt der Wohlfahrtssysteme wird kaum öffentlich darauf hingewiesen, dass es die Frauen sind, die als "Trümmerfrauen der Strukturanpassung" die Kosten übernehmen sollen. Als "Hausarbeiterinnen" sind Frauen also das Objekt der neoliberalen Reprivatisierung von Lasten, und dennoch tauchen sie als Betroffene nicht auf. Der soziale Umbau aktiviert und belastet überproportional Frauen als "Versorgerinnen", während es gleichzeitig unmöglich wurde, darüber öffentlich zu streiten. Janine Brodie, die kanadische Ökonomin, spricht deshalb von einem doppelten, Vorgang: der "Re-Privatisierung" und "Feminisierung" von Lasten aus dem ehemals öffentlichen Sektor, der mit einer "De-Thematisierung" von Frauen verbunden ist. Im Kontrast zu den 1970er Jahren, als Feministinnen die Hausarbeit der Frauen politisierten, ist heute die Ausweitung ihrer Belastungen in Deutschland kein Thema. Warum? Die Hausarbeit, das Sorgen in den Familien für Kinder, Alte, Gebrechliche, Beschädigte widerspricht der political correctness.

Die Medien in Deutschland spiegeln diese ver-rückte Situation. Die Hausarbeit wird öffentlich vor allem als Problem der Männer besprochen. Viel wird berichtet von den "neuen Männern", die die Kinderwagen schieben und man forderte kürzlich, auch auf den Männertoiletten Wickeltische zu installieren. Warum nicht? Auch sind die Medien voll von Geschichten über die "Alphafrauen", junge tüchtige Frauen, die eine anstrengende Karriere neben Kindern mühelos bewältigen, weil ihre Ehemänner mittun. Auch die Familien- und Kinderpolitik der Koalition von CDU und SPD bemüht sich um Geschlechtsneutralität, spricht also von Männern und "Eltern". In Deutschland gibt es ein "Elterngeld", das entweder der Mutter oder dem Vater ein Jahr lang das Aussetzen ihrer Erwerbstätigkeit ermöglicht,

wenn sie das Kind versorgen. Das Gesetz betrifft nur die Erwerbstätigen - Frauen ohne vorherige Berufstätigkeit erhalten es nicht. Aber in der Praxis ist diese staatliche Zahlung überwältigend und faktisch ein einjähriges "Müttergeld", das eingerichtet wurde, um berufstätige Frauen zur Erhöhung der Geburtenrate zu bewegen. Der Konsensus der politisch Verantwortlichen, rhetorisch geschlechterneutrale "Familienpolitik" betreiben zu wollen, trägt zur De-Thematisierung der Frauen und ihrer häuslichen Leistungen bei.

Wenn wir diese "De-Thematisierung" der Frauen in der "care economy" der Bundesrepublik verstehen wollen, müssen wir bedenken, dass die "Mutterschaft" im öffentlichen Werte-Kanon sowie im feministischen Diskurs einen beispiellosen Bedeutungsverlust hatte. "Mutter" hat heute in den Medien und in der Politik schlechte Karten, jedenfalls die Mutter, die ihre Kinder nicht als effiziente "Managerin" in den Rythmus ihres Berufes einpassen will. Die Institutionalisierung des Feminismus lief in Deutschland parallel mit einem beispiellosen symbolischen Niedergang der "Mutter", bzw. einer Politik, die die Interessen von Müttern explizit ins Zentrum stellte. Zu Beginn der Frauenbewegung waren es Frauen mit Kindern gewesen, die die Bewegung angefacht hatten und bis in die 1980er Jahre gab es eine, zwar zunehmend marginalisierte, aber politisch aktive Mütterbewegung. Danach wurde Mutterschaft zu einem Problem für die Frauenberufstätigkeit, sie verschwand wie die Hausarbeit von der feministischen Agenda. Es scheint mir, dass dieser Schwund einer die Frauen mit Kindern - die Mütter - systematisch einbeziehenden Frauenpolitik nur erklärt werden kann, wenn wir das symbolische Gewicht des Nationalsozialismus einbeziehen.

Der NS wurde am Höhepunkt der feministischen, autonomen Bewegung als staatliche Glorifizierung eines "Mütterkultes" missverstanden. Mutterschaft schien mit

Nazi-Ideologie durchtränkt zu sein, galt als "konservativ", wenn nicht totalitär infiziert und als Urgrund für die Diskriminierung von Frauen. Deshalb war Mutterschaft im deutschen Feminismus weitgehend negativ besetzt. Es half wenig, dass Gisela Bock, eine Kennerin der Geschlechterpolitik im NS, schon 1986 darauf hingewiesen hatte, dass der NS keineswegs mütterfreundlich gewesen war, sondern extrem männlich-militaristisch und anti-mütterlich. Unter dem Nationalsozialismus waren gerade Mütter angegriffen und verlächerlicht worden, sie galten der Partei als Sinnbild einer unrationellen Haltung Schwachen, Kindern, Behinderten gegenüber. Die Frauenbewegung in Deutschland aber mühte sich, eben jene Haltung und jenes Ethos zu überwinden, das mit "Mütterlichkeit" assoziiert wurde: Rücksichtnahme, Altruismus, Empathie, Nachsicht, Sorge und Hingabe. Der Titel eines damals einflussreichen Buches fasst dieses Selbstbild: "Vom Dasein für Andere zum Recht auf ein eigenes Leben". Die Autorin brachte damit das Lebensgefühl einer ganzen Generation und ihrer kollektiven Hinwendung an Karriere, Berufstätigkeit und die rationale Planung eines eigenständigen Lebens in eine griffige und affektiv wertbesetzte Formel.

Im Rückblick frage ich mich, wie die andere Seite des Frauenlebens, eben das "Private", die feministisch zunächst politisiert worden war, derart abgewertet werden konnte? Wieso kam es im Zuge des Feminismus in Deutschland zu dieser "De-Thematisierung" zentraler Frauenbelange? Wie kam es zum Monopol eines Frauenbildes, das so ausgestaltet ist, dass es die mütterliche, grossmütterliche und schwesterliche Seite der Hinneigung zu den Nächsten ausschliesst?

Von der Macht der Selbst-Verneinung

Wenn ich den Geschmack der 1970er Jahre in mir suche, erinnere ich deutlich das beglückende Gefühl, "ich" sagen zu können, "ich als Frau", womit das "wir" unmittelbar

eingeschlossen war. Im gemeinsamen Handeln mit anderen Frauen nahm dieses "ich" innere Gestalt an. Gewiss wurde es dann für viele meiner Generation in unendlichen Gesprächen und "Selbsterfahrungen" mit Freundinnen und Fremden im sozialen Gefüge verortet, aber immer blieb etwas Unschuldiges, Zartes und Unausgesprochenes an diesem "ich" haften. Und das "wir" - wir Frauen - hatte etwas Gemütliches an sich, eine unschuldige Sicherheit im Dazugehören. Diese Gemütlichkeit ist heute weitgehend zerredet, ja zum Schimpfwort geworden. Zugehörigkeit auf körperlicher Grundlage ist als etwas Naturhaftes, Unkritisches verpönt. Ich will die Genese der widersprüchlichen Geschichte der Aussagekraft dieses "ich" skizzieren und zeigen, wie in Deutschland zum einen "die Frau" vollständig de-konstruiert wurde, sodass Frauen nur mit Not und gebrochen von "sich" sprechen können, und sie zum anderen aufgefordert sind, die Geschlechterproblematik als ein Problem ihrer eigenen "Identität" begreifen zu sollen. Daraus folgte der Druck, eigenverantwortlich in Bezug auf den Arbeitsmarkt, die Bildungslage usw. ihre "Identität" optimal zu "managen" und damit die Zerstörung der intuitiv erfassten Gemeinsamkeit mit anderen Frauen.

Ich unterrichtete Sozialwissenschaften an einem heruntergekommenen Institut. In meiner Lehre biete ich Kurse zu Migrantinnen, Biopolitik oder Hausarbeit an, und dort sitzen überwältigend Studentinnen. Gleichfalls betreiben wir ein Programm in "Gender-Studies", das ebenfalls mehrheitlich von Studentinnen besucht wird. Wenn ich Geschichten des gemeinsamen Handelns aus den 1970er und 1980er Jahren erzähle, bemerke ich, wie sehnsüchtig sie sich in diese Zeit hineinversetzen. Zugleich scheint es ihnen unvorstellbar, sie könnten sich gemeinsam mit anderen Frauen auf ähnliche Weise zusammentun. In den Kursen haben sie gelernt, dass sowohl ihr Frausein ein Resultat gesellschaftlicher "Konstruktionen" ist, als auch "gender" ein Problem der Zuschreibung von "Geschlecht", durch das "doing gender". In den deutschen akademischen

"Gender-Studies" stand nicht der Streit um die Lage konkreter Frauen im Vordergrund, sondern die Herstellung von "Zweigeschlechtlichkeit", also "doing gender", sodass die Situation der Frauen als Problematik zugeschriebener "Identität", als Rollen-Falle diskutiert wird. Die Studentinnen stecken heute in einer Zwickmühle, weil sie vielleicht einerseits sich als Frauen betroffen fühlen, dies aber nicht offen besprechen können, weil sie sich damit selbst am "doing gender" beteiligen würden. Die Sekundärwirkung eines abstrakten Diskurses über "gender" war es, die die handgestrickte Frauenpolitik lähmte. Wenn schliesslich "Frauen" gemeinsam etwas zu bewerkstelligen suchen, bringen sie sich in Gefahr, sich an der eigenen Unterdrückung, an der Herstellung von "Ungleichheit" zu beteiligen.

In Deutschland scheint mir das Verschwinden einer "Frauen"-Bewegung damit erklärbar zu sein, dass Frauen weitgehend auf sich selbst gestellt sind und der öffentliche Gesprächsstoff sie verschweigt. Sozialpolitische Dimensionen von Politik, die vorrangig Frauenbelange beinhalten, werden in Deutschland geschlechtsneutral gefasst und öffentlich verhandelt: die Armut, das sinkende Realeinkommen, die Zunahme deregulierter Arbeitsplätze, die "care economy" und die Kinder-Versorgung. Durch diese neutralen Formulierungen werden wiederum Frauenbelange de-thematisiert und zugleich eine formale "Gleichheit" suggeriert. Die Diskurse in den Gender-Studies ebenso wie die suggerierte "Gleichheit" können nur vor dem Hintergrund einer neoliberalen Politik verstanden werden, die mit den internationalen Programmen zum Abbau der "Geschlechterdifferenz" auf ökonomischer Ebene bereits nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen hatte.

Rückblick

Ich habe drei Umbrüche zwischen den 1970er Jahren und heute besprochen, um an diesen Beispielen zu zeigen, wie

das gleiche frauenbezogene Thema damals und heute unvergleichbar besprochen wird: am Schwangerschaftsabbruch die Verschiebung von Strafe der Handlung zur staatlichen Forderung professionell angeleiteter "Selbstbestimmung", die auf eine Wahrnehmungsformierung hinausläuft; an der Hausarbeit die Zunahme der Lasten für die allermeisten Frauen verbunden mit einer gründlichen De-Thematisierung der Frauen, d.h. die "Feminisierung" oder Re-Privatisierung der Lasten simultan mit einer "De-Feminisierung" des Gesprächsstoffs; schliesslich vom feministisch beflügelten "ich" zur Unmöglichkeit engagierter Frauenstimmen in öffentlichen Belangen, weil, jedenfalls in universitären Zusammenhängen, das Projekt des "undoing gender" angesagt ist und "gender" als Identitätsproblem jeder Einzelnen verstanden wird. In Deutschland kam es zu einer behördlichen Gleichstellungspolitik, die "Emanzipation" zumeist als Projekt der Gleichbehandlung statistischer - sexuierter - Populationen, als Projekt der Gleich-Verteilung dieser Populationen in Institutionen betreibt. Bemerkenswert ist der politische Wille zum Abbau des Geschlechterunterschieds in einer staatlich geförderten Gleichstellungspolitik und das rapide Veralten normativer Geschlechtervorstellungen. Sie sind heute ein Hindernis bei dem Umbau der Gesellschaften und der Aktivierung der geschlechtsaneutralen Arbeitskraft zur ökonomischen Ausschöpfung aller "Human-Ressourcen". Die konkreten Erfahrungen von Frauen verblassten im öffentlichen Gesprächsstoff und dieser Schwund konnte durch die feministische Kritik an der "Rollenzuschreibung" gestützt werden. Es ist in Deutschland ungleich schwieriger geworden, eine herzliche, engagierte Frauenpolitik zu betreiben.